



**Deutsch-Israelische Gesellschaft
Arbeitsgemeinschaft Kassel
Rothwester Str. 8
34314 Espenau**

Ihre Wahlprüfsteine zur Europawahl 2019

10.05.2019

Sehr geehrter Herr Hartmann,

hier unsere Antworten zu Ihren Fragen im Rahmen der Europawahl 2019:

1. Welche Initiativen werden Sie ergreifen, um den zunehmenden Antisemitismus in Deutschland und in anderen Ländern der Europäischen Union zu bekämpfen?

Das wichtigste Werkzeug gegen Antisemitismus ist die Bildung. Hier müssen Unterrichtsinhalte und Methoden der Realität angepasst werden. Antisemitismus darf nicht nur als ein Teilaspekt des zweiten Weltkriegs unterrichtet werden, sondern muss als kulturelles Phänomen, welches seinen Schatten über Jahrhunderte wirft, behandelt werden. Auf dieser Grundlage ist es dann auch besser möglich, den gegenwärtigen Antisemitismus zu erkennen und zu bekämpfen. Wir PIRATEN setzen uns gegen jede Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ein, dazu gehört selbstverständlich auch der Antisemitismus. Wir versuchen, unsere Mitglieder aber auch die Öffentlichkeit für diese Themen zu sensibilisieren. Ganz besonders wichtig ist uns dabei, dass Mitmenschen jüdischen Glaubens dabei als selbstverständlicher Teil der Gesellschaft angesehen werden und, wie andere Gläubige auch, ungestört und frei von Verfolgung ihren Glauben leben dürfen. Wir PIRATEN werden immer dagegen aufstehen, wenn diese Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben von einer Gruppe oder einem Staat bedroht werden!

2. Wie werden Sie sich verhalten, wenn im EU-Parlament eine antisemitische Hetzrede, wie z. B. die „Brunnenvergifter-Rede“ des Palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas vom 23. Juni 2016, gehalten wird und Abgeordnete ähnlich wie damals dieser Hetzrede applaudieren?

Die „Brunnenvergifter-Rede“ von Abbas war in vielerlei Hinsicht ein

**Bundesgeschäftsstelle der
Piratenpartei Deutschland**

Telefon:
+49 30 2757 2040
Telefax:
+49 30 6098 9751 7

Bankverbindung:
GLS

Gemeinschaftsbank eG
IBAN DE36430609677006027900
BIC GENODEM1GLS

Tiefpunkt für das europäische Parlament. Ob es der Applaus von viel zu vielen Abgeordneten war, oder der Umgang damit auch von deutschen Spitzenpolitikern. Der Rückgriff auf das Bild von Juden als Brunnenvergifter wirft den Schatten zurück zu Antisemitischen Pogromen des Mittelalters. Die Öffnung des europäischen Parlaments für eine solche antisemitische Hetze war ein schwarzer Tag für die Europäische Union. Piratenabgeordnete würden eine solche Rede auf keinen Fall goutieren oder gar applaudieren, im Zweifel gäbe es eine Protestaktion wie das Verlassen des Saals.

PIRATENPARTEI
Deutschland

3. Was werden Sie gegen die Versuche der sogenannten BDS-Bewegung unternehmen, Israel durch Boykottmaßnahmen in ganz Europa wirtschaftlich, politisch und kulturell zu schaden?

Die BDS-Bewegung ist vor allem eins: klar antisemitisch. Wir sehen daher die Grundlagen für ein Verbot der Organisation in Europa durchaus für gegeben. Immer wieder fällt BDS durch eigene antisemitische Aktionen oder Zusammenarbeit mit fragwürdigen Unterstützern auf. Fast bei jeder Aktion wird auf antisemitische Stereotype und Denkmuster zurückgegriffen. Dieser Organisation muss, solange sie noch nicht verboten ist, wo immer es möglich ist die Plattform für ihre Hetze entzogen werden und die Zusammenarbeit wie zum Beispiel in Demonstrationsbündnissen vermieden werden.

4. In welcher Form werden Sie sich für die einzige Demokratie im Nahen Osten, den Staat Israel, einsetzen?

Aus dem Unrecht, das dem jüdischen Volk während der Shoa angetan wurde, erwächst eine besondere Verantwortung für ganz Europa, und besonders für Deutschland. Die Errichtung des Staates Israel ist Konsens unter den Staaten Europas. Worauf es in den nächsten Jahren ankommen wird, ist das gemeinsame Erarbeiten eines Wegs nach vorne. Dazu kann auch die Aufnahme von Gesprächen über Beitrittsverhandlungen in die EU gehören, sofern Israel das wünscht. Aber selbst wenn das nicht der gemeinsame Weg sein sollte, dann muss Europa trotzdem seine privilegierte Partnerschaft mit Israel ausbauen. Nicht nur wegen der historischen Verantwortung, sondern zum beiderseitigen Vorteil. Wir PIRATEN sind im engen Kontakt zu den PIRATEN in Israel und werden Maßnahmen zum Schutz Israels, aber auch zur Kooperation zwischen der EU und Israel unterstützen.

5. Wie sehen Sie die Zukunft für Juden und Araber für ein friedvolles, gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben in einem demokratischen Rechtsstaat unter Berücksichtigung der nötigen Sicherheitsinteressen Israels?

Der künstlich aufrecht erhaltene Konflikt in Gaza und in Judäa und Samaria muss endlich aufgelöst werden. Hierfür müssen einmalig harte Schritte ergriffen werden, in Zusammenarbeit mit allen Gruppen, die an der Lösung des Konflikts interessiert sind. Momentan sind Israels Nachbarn daran interessiert, Flüchtlingslager an den Grenzen Israels aufrecht zu erhalten. Dieser Kreislauf muss unbedingt durchbrochen

werden, um eine nachhaltige Chance auf Frieden zu schaffen. Eine Möglichkeit wäre die Beendigung des generationenübergreifenden Flüchtlingsstatus durch Zahlungen auch der EU und den USA an die umliegenden Staaten, um diese Menschen aufzunehmen. Dadurch würde ihnen eine Chance auf ein neues Leben gegeben, abseits von Hass und Gewalt. Israels Sicherheitsinteressen könnten durch zusätzliche Garantien oder Stationierung internationaler Truppen in der Übergangszeit abgesichert werden. Ob nun auf diesem Weg oder einem anderen ohne Klärung der Grenzen, auch im Einvernehmen mit den Nachbarstaaten, wird der Konflikt weiter gehen.

PIRATENPARTEI
Deutschland

6. Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, damit die an die palästinensische Autonomiebehörde gezahlten europäischen Steuergelder nicht mehr dafür missbraucht werden, Terroranschläge gegen israelische Bürger mit monatlichen sogenannten „Märtyrerrenten“ zu honorieren oder öffentliche Hetze in Kindersendungen und Schulbüchern gegen den Staat Israel zu fördern?

Die Zusammenarbeit mit der palästinensischen Autonomiebehörde hat sich wiederholt als schwierig heraus gestellt. Sie einerseits wie einen Staat zu behandeln aber auf der anderen Seite Aktivitäten wie die von ihnen beschriebenen (und mehr) zu beobachten, ist nicht vertrauensfördernd. Die Situation in beiden palästinensischen Autonomiegebieten sehen wir PIRATEN als kritisch an. Durch die Nähe dauerhafter Präsenz des Konflikts wachsen immer weitere Generationen in einem Kreislauf der Gewalt auf. Dieser nimmt immer neue Formen an, wie die Proteste an den Grenzen gegen das Staatsgebiet von Israel nahezu fast jeden Freitag. Israel darf hier von der Internationalen Gemeinschaft aber insbesondere auch von Europa nicht allein gelassen werden.

Mittel der Europäischen Union sollen und dürfen nicht für Terroranschläge verwendet werden. Mittel die nachweislich für solche Zwecke verwendet wurden, müssen transparent neu zugeteilt oder gestrichen werden.

7. Wie werden Sie sich bei der Bundesregierung, jetzt als Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, und bei den anderen europäischen Sicherheitsratsmitgliedern dafür einsetzen, dass die Doppelstandards der Vereinten Nationen, mit denen Israel als einzige Demokratie im Nahen Osten durch eine Mehrheit von menschenverachtenden Autokratien wie z. B. im UN-Menschenrechtsrat immer wieder international verurteilt wird, endlich aufgegeben werden?

Die Institutionen der Vereinten Nationen dürfen nicht von autokratischen Regimen dafür missbraucht werden, um gegen Israel zu hetzen. Die Vereinten Nationen müssen ihre Institutionen überarbeiten, um ihre eigene Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit aufrecht zu erhalten. Autokratische Regime dürfen nicht über Positionen in Organen der Vereinten Nationen legitimiert werden, egal wie wichtig sie für die Versorgung mit Öl oder anderen Rohstoffen sind. Wenn die Vereinten Nationen es nicht schaffen, in diesen Bereichen unabhängiger zu werden,

verspielen sie die Chance international an Bedeutung zu gewinnen. Wir PIRATEN setzen uns für faire und transparente Standards ein, die auch für Staaten gelten, die über Macht und Einfluss verfügen. Gerade in den internationalen Beziehungen ist das noch ein langer Weg, da es keine ordnende Macht gibt. Wir wollen die internationalen Organisationen weiter entwickeln und fordern auch die Bundesregierung auf, sich für die Weiterentwicklung der Vereinten Nationen aber auch für eine faire Behandlung Israels einzusetzen.

PIRATENPARTEI
Deutschland

8. Wie werden Sie sich angesichts der Tatsache, dass die Vereinten Nationen von Israel fordern, die Golan Höhen einschließlich der dort lebenden Bevölkerung an Syrien zurückzugeben und damit einem Diktator auszuliefern, im Europäischen Parlament positionieren?

In der aktuellen Situation sind wir dagegen; von den Golan Höhen aus wurden immer wieder Angriffe durch Syrien auf Israel gestartet. Eine Rückgabe an den Aggressor würde zukünftige Angriffe begünstigen und ein Sicherheitsrisiko für die dort lebende Bevölkerung darstellen. Assad ist mit Giftgas gegen seine eigene Bevölkerung vorgegangen, nicht auszudenken, was er jüdischer Bevölkerung im eigenen Land antun würde. Auch Israels Nachbarstaaten müssen lernen, dass Angriffskriege gegen einen friedlichen Nachbarn Folgen haben. Israel hat wiederholt große Teile der im Krieg besetzten Gebiete zurück gegeben. Gerade die Golan Höhen würden neue Konflikte wahrscheinlicher machen, wir PIRATEN lehnen diesen Schritt ab.

9. Werden Sie sich angesichts des Vernichtungsankündigung des Iranischen Regimes gegenüber Israel, angesichts des öffentlichen Geständnisses des Leiters der „Atomic Energy Organization“ des Iran, Ali Akbar Salehi, die Natanz Nuklear-Fabrik sei nunmehr fertiggestellt, angesichts der Vorführung atomwaffenfähiger Mittelstreckenraketen im Rahmen von Militärparaden in Teheran, angesichts der wiederholten Errichtung von Militärbasen in Syrien nahe der israelischen Grenze dafür einsetzen, dass die Europäische Union die Gefahren für das Existenzrecht Israels künftig im Rahmen ihrer Nahostpolitik ernst nimmt, und welche Schritte schlagen Sie gegen den Vernichtungsantisemitismus des iranischen Regimes vor?

Dem Iranischen Regime müssen die Folgen eines möglichen Krieges bewusst gemacht werden, dass ein Krieg gegen Israel eben auch ein Krieg gegen die USA und Europa bedeutet.

Der Iran-Deal muss klar wieder vollständig von den USA wie vom Iran anerkannt werden. Ohne eine Anerkennung des Abkommens zwischen dem Iran und den 5+1 Staaten von der Trump Administration, wird es keine weiteren Verhandlungen und Möglichkeiten geben, überhaupt neue Bewegung und Forderungen im Rahmen dieser Frage zu erreichen. Nur eine sofortige Rückkehr der USA und des Iran zum Abkommen schafft ein Fundament, generell die Basis für Vertrauen zu Abkommen und Lösungen in der Region zu erringen. Aber klar ist auch: Exporte müssen stärker kontrolliert werden und bei Verstößen muss es auch Strafen für zum Beispiel chinesische Unternehmen geben, die diese Embargos umgehen. Hierfür müssen Staaten auch bereit sein, ihre wirtschaftlichen Interessen hinten anzustellen.

10. Was werden Sie angesichts des geplanten Abzugs der amerikanischen Truppen aus Syrien im Rahmen Ihrer EU-Tätigkeit unternehmen, um zu verhindern, dass das Iranische Regime das entstehende Machtvakuum nutzt und die Landbrücke für Waffen über Iran – Irak – Syrien – Libanon immer weiter ausbaut und damit die Bedrohung Israels verstärkt?

Auch nach dem Abzug der US-Truppen sind im nahen Umkreis immer noch US-amerikanische und Europäische Truppen stationiert. Falls es zu Zwischenfällen an der nördlichen Grenze Israels kommen sollten, ständen diese bereit. Ein Angriff auf Israel wird Auswirkungen über die Region hinaus haben, und dem muss entsprechend Rechnung getragen werden. Außerdem werden wir uns für einer Stärkung der Kurdengebiete einsetzen. Die Kurden sind ein verlässlicher Partner und Freund Israels. Über diese und andere Maßnahmen muss mittelfristig eine Befriedung der Region ermöglicht werden. Das Existenzrecht Israels und das Recht sich zu verteidigen dürfen bei diesem Prozess nicht Verhandlungsmasse sein.

PIRATENPARTEI
Deutschland

11. Was werden Sie gegen die Hisbollah im Libanon unternehmen, welche inzwischen über mehr Raketen verfügt als alle Nato Staaten (ohne USA) zusammen, welche auf Israel gerichtet sind und teils ABC-Waffen tragen können?

Gegen Terroristische Strukturen, auch die der Hisbollah, muss mit der nötigen Härte vorgegangen werden. Gerade an Europas Grenzen, insbesondere auch wenn sie Israel bedrohen. Europa muss sich stärker auch über die eigenen Grenzen hinweg für die Terrorismusbekämpfung einsetzen. Staaten, welche von ihrem Staatsgebiet aus Angriffe auf Israel zulassen, müssen auch von der Europäischen Union zur Rechenschaft gezogen werden.

12. Was werden Sie unternehmen, dass die Hisbollah und die Hamas klar als Terrororganisationen eingestuft werden und wie wollen Sie verhindern, dass diese Organisationen immer mehr Fuß fassen in Europa?

Terrororganisationen müssen sowohl innerhalb von Europa, als auch außerhalb bekämpft werden. Dazu ist es wichtig, ihre Geldflüsse aufzudecken, öffentlich zu machen, und auszutrocknen. Klare internationale Ächtung terroristischer Betätigung, ob mit oder ohne staatliche Rückendeckung, ist dafür grundlegend.

13. Akzeptieren Sie, dass jedes Land seine Hauptstadt frei wählen darf und werden Sie somit Jerusalem als Israels Hauptstadt unterstützen und sich dafür einsetzen, dass die Deutsche Botschaft dorthin verlegt wird?

Israel ist ein selbstbestimmtes Land. Wir setzen uns dafür ein, dass Gesellschaften diese Freiheit leben können, wenn sie die Verantwortung dafür übernehmen. Vor diesem Hintergrund akzeptieren wir nicht nur, sondern halten es für selbstverständlich, dass Israel den Ort der

Hauptstadt frei wählen darf. Der Umzug der Deutschen Botschaft ist daher aus unserer Sicht eine naheliegende Folge dieser Entscheidung.

Für weitere Fragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Ganskow

Bundeskoordinator Wahlprüfsteine

PIRATENPARTEI
Deutschland